

## Randnoten.

Eine Prophezeiung und ihre Erfüllung. „Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Engländer sich über die Position ihrer Industrie im internationalen Rennen klar sind. Der Großgrundbesitzer in der Rivalität der Weltmacht und des Arsenals. Die Voraussetzungen des industriellen Rückganges sind zu ernst und liegen zu tief, als daß sie jemals ausgeglichen werden könnten, solange Industrie mit den heutigen geistigen und wirtschaftlichen Mitteln betrieben wird.“ So hat man es denn, in Ermangelung größerer, bisher mit kleineren Mitteln versucht, zuerst lam das Maße in Germany. Wie man weiß, ein Fehler; denn dieser Apothekerratenkopf wurde zur Ehrenmarke, und die englischen Kolonien lernten zum ersten Male ihre Lieferanten kennen. Dann erfand man eine Art von idealem Schutzoll. Man erweckte auf wirtschaftlichem Gebiete das „National feeling“ und erreichte, daß das englische Publikum heute für einheimische Waren ungehörig dieselbe Vorliebe hat, wie das deutsche Publikum für ausländische. Sie immer gehen hat. Staat und Gemeinden schätzen diese Empfindung und haben sich gewöhnt, bei Subventionen die billigere ausländische Seite zugunsten der teureren englischen zu verwenden. Hieraus mag, in Parallele, man entnehmen, welches Interesse die Industrie Englands daran hat, politische Zwischenfälle mit Deutschland heranzuführen und in so und so viele Pounds, Shillings und Pence wirtschaftlichen Nationalgefühls umzusetzen. Doch kann der ideale Protektionismus der Industriellen Englands auf die Dauer nicht genügen. Er ist von subjektiven Momenten abhängig, er bietet eine dauernde ärgerliche Kontrolle, und er erschläßt mit der fortschreitenden industriellen Finanzierung. So scheint es unabweichbar, daß irgendeine Regierung, sei es die nächste, sei es die übernächste, dem Windstoß erfaßt und gezwungen werden wird, die alte englische Tradition des Freihandels zu brechen und das Land zum Schutzoll zu führen. Mit Recht würden unsere englischen Freunde haben auch wir unsere Einschlüsse einzurichten, die uns etwa vor die Frage stellen könnten, ob zur Zeit eines so schlimmen deutsch organisierten Industries in England von Nutzen sind. Dies wird schwerlich der Fall sein; denn ein englischer Schutzoll kann nicht dauern. Zunächst deshalb nicht, weil Treibhauseisen war ein junges Kitzelwerk, ein einwandiges aber verwickeltes und schwierig zu machen. Auch eine achtzehnte englische Industrie wird den Weltmarkt nicht wieder erobern. Schreiet die Welt aber nicht fort, so werden sich die Kolonien für die Produkte des Mutterlandes bedanken und schwere Konflikte heraufbeschwören.

Diese Sage finden sich in einer Nummer der „Zukunft“, vom Oktober 1900. Die Prophezeiungen haben sich fast Punkt für Punkt erfüllt, obwohl es England zwischen gelommen ist, Deutschland die größte Niederlage der Weltgeschichte zu bereiten. Trotzdem ist die Lage heute nicht sehr viel anders als vor 25 Jahren. Die ernsteste Zukunftsvorhersage, die es für England geben kann.

Wem gehört der Südpol? Kurz nach der Rückkehr der von Admiral Byrd geführten Südpolexpedition brachte Senator Harding einen Gesetzesentwurf ein, durch den die Südpolargebenden, die Byrd aufgesucht hatte, als amerikanisches Hoheitsgebiet erklärt werden sollten. Die britische Regierung hatte aber bereits bei Byrds Abreise darauf hingewiesen, daß Großbritannien einige der um den Pol gelegenen Territorien als der britischen Souveränität unterstehend betrachte. Nun erklärte der Washingtoner norwegische Gesandte, daß in einer Kundmachung, kein Land habe so starke Wirtschaftsinteressen in den Südpolargebenden wie Norwegen, außerdem beanspruche sein Land auf Grund der Arktisreise von Amundsen für den Fall, daß eine Aufteilung des Landes um den Südpol wirklich beantragt werde, für sich ein Vorrecht. Außer der von Amundsen bereisten und von diesem für Norwegen in Besitz genommenen Südpolargegend stünde dem norwegischen Staat auch das Gebiet zu beiden Seiten des von Amundsen eingeschlagenen Weges zu, und zwar das Gebiet südlich Edward-VII-Landes einschließlich des Königin-Maud-Gebirges, ja, bezüglich des Edward-VII-Landes müsse sogar darauf hingewiesen werden, daß Prestrud, ein Mitglied der Amundsen-Expedition von 1911, diese Gegend erforcht und für Norwegen in Besitz genommen habe. Seit 1892 reise Norwegen in den Südpolargebenden ausgebreitete Walfischjägereien, und noch 1900 habe eine Expedition unter dem Kommando Christensen dort Neuland entdeckt und namens des norwegischen Staates von diesen Gebieten — Königin-Maud-Land und Kronprinzessin-Martha-Land — Besitz ergriffen. Norwegen habe also, so führte der Gesandte aus, wohlbegründete Rechte an Südpol, wenn es auch grundsätzlich einige Bedenken gegen eine Aufteilung der Gebiete um den Nordpol und den Südpol an einzelne Staaten oder überhaupt gegen eine politische Aufteilung habe.

Fußballspiel und Politik. Die belgischen Zeitungen bemühen sich, bei allen politischen Gelegenheiten, uns darzutun, daß sich die „Neubelgier“, also auch die Deutschen aus Eupen und Malmédy, inzwischen aufs beste mit der belgischen Herrschaft abgefunden haben. Mit diesen Versicherungen steht ein Vorgang in auffälligem Widerspruch, der sich vor einigen Tagen in der belgischen Universitätsstadt Löwen zugetragen hat. „Jugend Eupen“, ein Fußballklub, mußte mit einem Verein aus Löwen zu einem Fußballkampf antreten. Die Löwener Mannschaft konnte nach heiligem Kampf das Spiel für sich entscheiden. Sieben der Eupener Fußballspieler erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Nicht genug damit, daß man den Eupener Fußballverein aufs roheste behandelte; auch die Zuschauer nahmen Kräftig gegen die Gäste Stellung und überboten sich an wüsten Beschimpfungen. Es begab sich nur so Ausdrücke wie „Fosch“ und „Ja! hoch“. Ein Universitätsprofessor zeichnete sich bei diesem Schimpfwörterkrieg besonders aus. Die Polizei, die eigentlich hätte eingreifen müssen, verhielt sich still und tat nichts, um den Eupener Fußballverein zu schützen. Eine solche Behandlung müssen sich die „Neubelgier“ in einer belgischen Stadt gefallen lassen. Von der berühmten Verschmelzung der von erworbenen Gebietsteile und ihres Volkstums mit dem alten Volk kann aber doch wohl keine Rede sein. Vor einiger Zeit hatte übrigens ein Fußballklub aus Malmédy, um sich vor den „Volksgenossen“ zu schützen, sich schon unter den Schutz der Polizei stellen müssen.

Persische Kunstausstellung in London. Eine archaische Ausstellung persischer Kunst ist in diesen Tagen in London eröffnet worden. Aus 27 Ländern wurden Beiträge geliefert. König Georg und der Schah von Persien steuerten aus ihrem Privatbesitz wertvolle Kunstwerke bei. Die ausstellenden Gegenstände erstrecken sich über 25 Jahrhunderte. Aber auch aus der Zeit 3000 v. Chr. kann man Tonwaren betrachten. Der Geldwert der Ausstellungsgegenstände ist mit 20 Millionen Mark niedrig geschätzt. Natürlich erfordern die wertvollen Stücke besondere Vorkehrungsmassnahmen. Die Ueberwahrung der Ausstellung ist in bisher ungelautem Maße verstärkt worden. Außer Wachebeamten hat man Kriminalpolizei eingestellt. Zahlreiche Alarmapparate wurden in sämtlichen Sälen eingebaut. Die Londoner erwarteten von der Ausstellung eine archaische Fremdenwanderung in diesem Jahr. Auch die englische Politik wird an dieser persischen Propaganda sicher nicht ganz unbeteiligt sein.

# Polen sucht sich rein zu waschen.

Vollkommene Verdrehung der Tatsachen in der Antwort an den Völkerbund.

Warschau, 14. Dezember. Die polnische Antwortnote an den Völkerbundrat besteht einer in der Presse veröffentlichten gleichlautenden Inhaltsangabe zufolge aus vier Teilen. Im ersten Teil wird grundsätzlich nachzuweisen versucht, daß die Aktion der deutschen Reichsregierung den Rahmen einer Minderheitenaktion überschreite. Ihre Noten hätten daher den Charakter einer unmittelbaren politischen Aktion und dadurch sei der leidenschaftliche Feldzug der deutschen Presse ermöglicht worden, der sich auf „falsche oder übertriebene Tatsachen“ stütze.

Im zweiten Teil wird in Erwiderung der deutschen Vorwürfe nachzuweisen versucht, daß die deutschen Minderheiten an der Ausübung ihres Wahlrechts nicht gehindert worden seien. Zugleich wird auch der Versuch gemacht, die Erregung während des Wahlfeldzuges zu erklären, und zwar durch die angeblich erfolgte Terrorisierung der polnischen Minderheiten Deutschlands und die politische Aktion Deutschlands gegen den polnischen Staat, wobei die Tresiranustrede herangezogen wird.

Im dritten Teil wird auf die oberschlesischen Zwischenfälle Bezug genommen, die als gewöhnliche Wahlkrawalle dargestellt werden; in anderen Ländern, u. a. auch in Deutschland, seien bei Wahlen in letzter Zeit viel ernstere Zusammenstöße vorgekommen.

Zum Schluß werden den Mitstimmern des Völkerbundrates alle Anordnungen der polnischen Behörden bekanntgegeben.

Zu der polnischen Gegennote berichtet das Moskische Telegraphenbüro von unrichtiger Seite: Der von polnischer Seite unternommene Versuch, den deutschen Beschwerden einen politischen Anstrich zu geben, dient nur der Verhinderung der wirklichen Sachlage und ist gleichzeitig ein Anerkenntnis der Schwäche des polnischen Standpunktes. Die deutschen Beschwerden sind nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, um der deutschen Minderheit den Schutz zu gewährleisten, den sie auf Grund der von den Polen übernommenen Verpflichtungen eigentlich haben muß, aber tatsächlich nicht hat.

Es gibt keinen Terror gegen die polnische Minderheit in Deutschland, und in den wenigen Verstößen geringfügiger Natur und lokaler Bedeutung, die gegen die polnische Minderheit als solche gerichtet gewesen sind, hat die deutsche Polizei stets rücksichtslos durchgegriffen, sofort Untersuchungen eingeleitet und die Schuldigen der Bestrafung

zugeführt. Umgekehrt hat in Polnisch-Oberschlesien sich der Terror nicht nur unter Duldung, sondern teilweise sogar unter aktiver Begünstigung der polnischen Polizei abgepielt. Ein Vergleich zwischen den beiderseitigen Formen der Minderheitenbehandlung kann also nur zuungunsten Polens ausfallen und ist nicht geeignet, um Stimmungsmäßig die unerhörten Vorgänge in Polnisch-Oberschlesien zu erklären. Die deutschen Minderheiten in Polen würden glücklich sein, wenn sie der Behandlung teilhaftig würden, die die polnische Minderheit in Deutschland genießt.

### Grazynski fährt nach Genf.

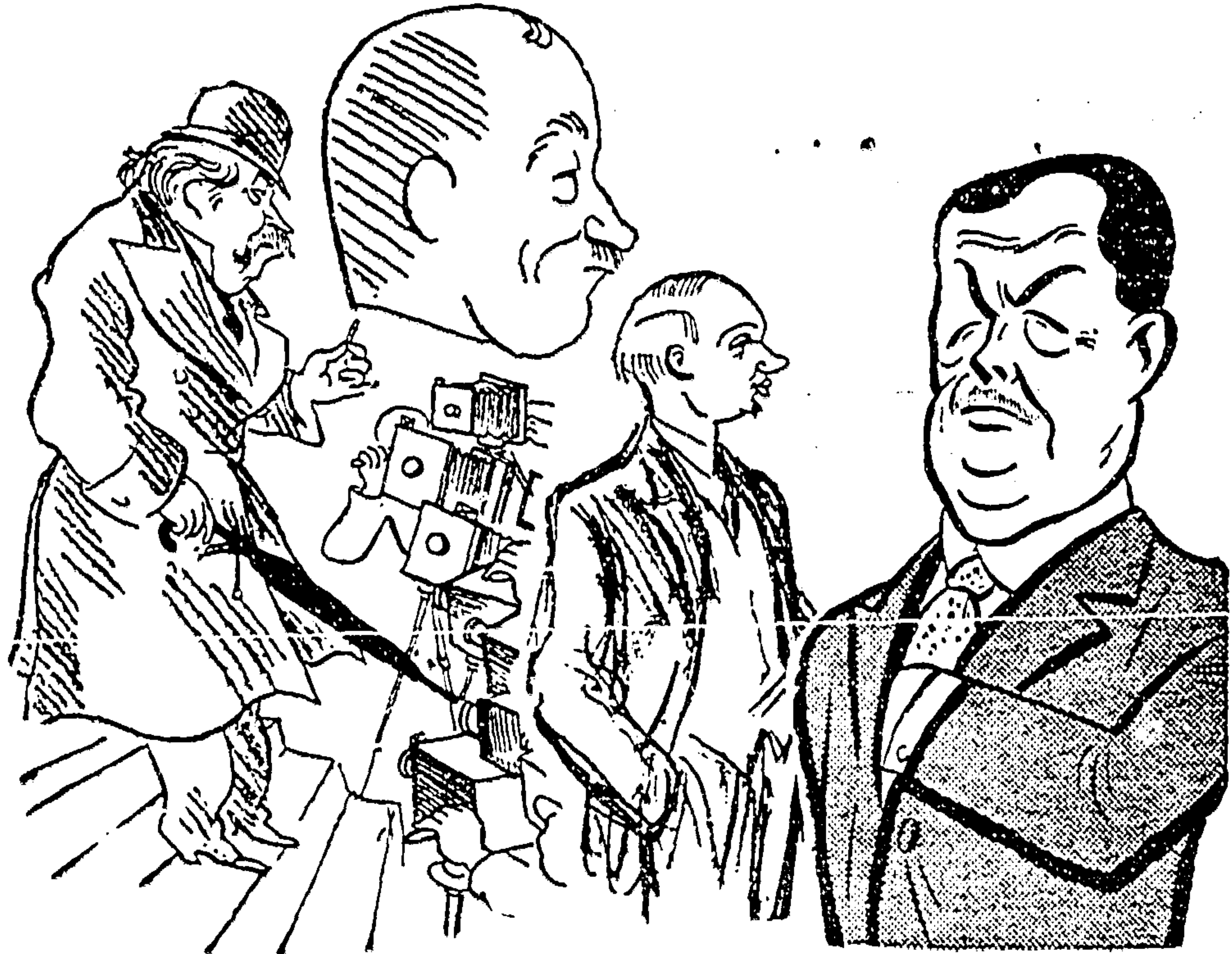
Kattowitz, 14. Januar. Auf ausdrücklichen Wunsch des polnischen Außenministers wird der schlesische Wojwode Grazynski an der Völkerbundratsitzung in Genf teilnehmen. Er wird wahrscheinlich schon am Freitag abend nach Genf reisen, um an Ort und Stelle zu sein, wenn die Protestnoten der deutschen Regierung und die Beschwerden des Deutschen Volksbundes über den in Polnisch-Oberschlesien verübten Wahlterror zur Sprache kommen. Das Organ des Wojwoden teilt amtlich mit, daß die von der Krakauer und Warschauer Presse verbreiteten Gerüchte von dem angeblich nahe bevorstehenden Rücktritt des Wojwoden Grazynski unzutreffend seien.

Genf, 14. Januar. Der Deutsche Volksbund in Oberschlesien, der, wie gemeldet, eine ausführliche Beschwerdeschrift an den Rat richtete, hatte beantragt, diese Eingabe noch auf die Tagesordnung der bevorstehenden Ratsagung zu setzen. Diesem Antrag ist zugestimmt worden, so daß sich der Rat also mit diesen Beschwerden jetzt befassen wird.

### Wegen Wahlterrors verurteilt.

Kattowitz, 14. Januar. Vor dem Landgericht in Kattowitz hatten sich vier Aufständische aus Paruschowiz wegen Wahlterrors zu verantworten, der von ihnen in Wilcza bei Hohenbirken verübt worden war. Sie hatten den 60 Jahre alten Landwirt Joseph Greißle in rohester Weise mißhandelt, um ihn zu bewegen, bei der Wahl am 23. November für die Regierungsliste zu stimmen. Alle vier wurden trotz heftigen Zeugens für schuldig befunden. Johann Dzierzawa wurde zu sechs Monaten, Roman Las und Anton Wincz zu je drei Monaten und Paul Kosteczko zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchung in der Hohenbirker Affäre ist ebenfalls abgeschlossen. Der Prozeß gegen die Schuldigen wird in Kürze stattfinden.

## Zum Beginn der Genfer Ratsagung.



Von links nach rechts: Briand, Benesch, Jalecki, Henderson.

Der Genfer Ratsagung geht eine Sitzung des Europa-Ausschusses voraus, in der man sich wie er einmal über das Projekt Briands un'erhal en will. Die Sep embertragung des Ausschusses war völlig ergebnislos. Wichtiger für uns ist die Verhandlung über die Deutschenmißhandlungen in Polen, bei der der englische Außenminister Henderson den Vorschlag führen wird.

## Noch immer Botshafterkonferenz.

Beispielung Deutschlands.

Paris, 14. Januar. Die Botshafterkonferenz hat (wie wir schon in einem Teil unserer gestrigen Auflage berichteten) am Montag eine Sitzung abgehalten. Wie verlautet, wurde in der Sitzung die Auflösung des Interalliierten Militärkomitees beschlossen und die Abwicklung der restlichen Geschäfte dem französischen General Saratier übertragen. Ferner hat es den Anschein, daß über die nach Ansicht der Botshafterkonferenz noch zu regelnden Fragen schriftliche Mitteilungen an Deutschland gemacht werden.

Der „Petit Parisien“ gibt einige bemerkenswerte Ausführungen wieder, die sehr wahrscheinlich als das Ergebnis einer vertraulichen Rücksprache mit einer der leitenden Persönlichkeiten des französischen Auswärtigen Amtes gewertet werden müssen. Nach den Ausführungen des „Petit Parisien“ hat es sich in der Sitzung der Botshafterkonferenz darum gehandelt, die deutschen „Rüstungen“ einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Die Offensiv groben Stils, die die Reichsregierung und auf ihre Anweisung die gesamte deutsche Presse seit einiger Zeit im Zusammenhang mit der Abrüstungsfrage ergriffen hätte, habe die Botshafterkonferenz dazu veranlaßt, den gegenwärtigen Stand der deutschen Rüstungen daraufhin zu prüfen, ob er in Ueber-

einlang mit dem Versailler Diktat stehe. Bei dieser genauen Prüfung hätten der Konferenz die Unterattachés zur Verfügung gestanden. Das Blatt macht zwar über das Ergebnis dieser wichtigen Aussprache keinerlei Mitteilungen, deutet aber an, daß man etwaigen unannehmbaren deutschen Forderungen interessante Feststellungen entgegenzusetzen würde, die seit der letzten Zusammenkunft der Botshafterkonferenz am 21. Januar 1930 von den Militärattachés der ehemaligen alliierten Länder gemacht worden seien.

„Echo de Paris“ berichtet über die Sitzung der Botshafterkonferenz, auf der Tagesordnung habe die Liquidierung des Interalliierten Militärkomitees von Versailles gestanden, das die Aufgabe hatte, die Botshafterkonferenz in allen militärischen Fragen, namentlich hinsichtlich der Durchführung der Entwaffnungsklausel des Friedensvertrages, zu unterstützen.

Der deutsche Botshafter von Hoesch hatte gestern wieder eine Unterredung mit Briand. In dieser Unterhaltung wurde die Aussprache über verschiedene auf der bevorstehenden Tagesordnung des Völkerbundrates zu erörternde Fragen fortgesetzt. Am Vormittag hatte der polnische Außenminister Jalecki eine längere Unterredung mit Briand gehabt in welcher nach einer offiziellen Mitteilung die Fragen, die in Genf zur Verhandlung stehen, besprochen worden sind.